

Antrag 3

1 „Unsere verdammte menschliche Pflicht“ - 2 Hilfe für Jugendliche und Kinder auf der Flucht

3
4
5 **Antragsteller:** BDKJ-Diözesanvorstand

6
7
8 Die BDKJ-Diözesanversammlung möge beschließen:

9 10 **Sehen**

11 „Flüchtlinge haben ein Recht auf Freiheit“ lautete der Titel des Beschlusses des BDKJ-
12 Diözesanausschuss‘ vom Herbst 2013. Die Verschärfung der politischen Lage in Syrien und
13 im Irak zwang seitdem noch mehr Menschen dazu, ihre Heimat zu verlassen. Die schwierige
14 Situation und die Entbehrungen der Flucht treffen besonders Jugendliche und Kinder, die
15 die Hälfte der Flüchtenden ausmachen¹. Sie sind besonders hilfsbedürftig - nicht nur
16 während der Flucht, sondern auch, wenn sie in einem für sie fremden Land angekommen
17 sind.

18 Der Umgang mit Flüchtlingen in unserem Land beschämt uns:

19 Jugendliche und Kinder sind durch den Verlust ihrer Heimat verunsichert und
20 traumatisiert. Angekommen in Deutschland fehlt es an angemessener medizinischer und
21 psychologischer Versorgung. In Massenunterkünften gibt es keine geeigneten Aufenthalts-
22 und Spielmöglichkeiten. Der Zugang zu Bildung ist erschwert.

23 Hinzu kommt, dass Jugendliche und Kinder von Abschiebehaft, Ausweisungen und
24 Abweisungen bei Einreise betroffen sind.

25 26 **Urteilen**

27 Der BDKJ setzt sich mit seiner jugendpolitischen Strategie ‚U28 - die Zukunft lacht!‘ dafür
28 ein, dass alle heute und zukünftig in der Bundesrepublik Deutschland lebenden
29 Jugendlichen und Kinder über gleichgute Lebenschancen verfügen. Das schließt
30 Jugendliche und Kinder, die in unserem Land Zuflucht suchen, mit ein.

31

¹ UNHCR Global Trends 2013

Antrag 3

32 Handeln

33 1. Von Bundes-, Landes- und KommunalpolitikerInnen fordern wir die uneingeschränkte
34 Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention. Deshalb fordern wir für minderjährige
35 Flüchtlinge

36 ☛ den vollen Zugang zur medizinischen Versorgung sowie die psychologische
37 Betreuung von traumatisierten minderjährigen Flüchtlingen.

38 ☛ die menschenwürdige Unterbringung durch Abschaffung von
39 Gemeinschaftsunterkünften.

40 ☛ den Zugang zu allen Sozialleistungen des SGB, vor allem den Leistungen der
41 Kinder- und Jugendhilfe, insbesondere zu spezifischen Maßnahmen, die
42 asylsuchenden und geduldeten Jugendlichen und Kindern gleichwertige
43 Lebensbedingungen in Deutschland schaffen.

44 ☛ den uneingeschränkten Zugang zu Schul- bzw. Ausbildung unabhängig vom
45 Aufenthaltsstatus.

46 ☛ die Prüfung einer Kindeswohlgefährdung vor Ausweisungen oder
47 Abweisungen bei der Einreise.

48 ☛ dass sie im Rahmen des „Flughafenverfahrens“ nicht festgehalten oder vor
49 einer Ausweisung in Abschiebehäft genommen werden dürfen.

50

51 2. Von VertreterInnen der Erzdiözese Köln, den Kirchengemeinden und den katholischen
52 Verbänden fordern wir, dass sie sich in Wort und Tat für eine Willkommenskultur
53 einsetzen. Das heißt, dass

54 ☛ geprüft wird, ob es möglich ist, Flüchtlingen mit Unterkünften aus eigenen
55 Beständen ein Dach über dem Kopf zu verschaffen.

56 ☛ geprüft wird, ob in den Schulen, Kindertagesstätten und anderen
57 Einrichtungen in katholischer Trägerschaft Raum für Flüchtlinge geschaffen
58 werden kann.

59 ☛ Räumlichkeiten und Hilfe angeboten werden, damit ein Austausch zwischen
60 Menschen, die neu in Deutschland sind und denen, die hier schon lange
61 leben möglich ist.

62

63

64

Antrag 3

- 65 3. Wir als Jugendverbände verpflichten uns dazu, dass wir uns vor Ort dafür einsetzen,
66 dass Hürden und Ängste abgebaut werden, damit junge Menschen jeder Herkunft an
67 unseren Angeboten teilhaben können. Konkret heißt das, dass
- 68 ◀ wir Hemmschwellen abbauen, auf Flüchtlinge zugehen und unsere Angebote
69 öffnen, damit junge Menschen mit Fluchterfahrung gute neue Erfahrungen
70 machen und wir voneinander lernen.
 - 71 ◀ wir uns vor Ort politisch dafür einsetzen, dass bürokratische Hürden
72 abgebaut werden. Dazu gehört, die konsequente Abschaffung der
73 Residenzpflicht, damit Jugendliche und Kinder zum Beispiel an
74 Ferienfreizeiten teilnehmen können.